

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Blankvorschrift 2.30 M., Familiennachrichten die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die kommunistischen Quertreiber.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der geschäftsführende Ausschuss des Bezirksverbandes der USPD, Berlin-Brandenburgs gibt heute in der Freiheit folgende Erklärung ab:
In der Notiz rufen die USPD die Berliner Arbeiterkraft zu einer Demonstration für Sonntag, den 9. Januar, vormittags 11 Uhr, nach dem Lustgarten auf. Die USPD, durchkreuzt mit dieser politischen Demonstration die gewerkschaftliche Kundgebung der Eisenbahner, nimmt ihr die Möglichkeit eines ungehinderten Verlaufs und zwingt die Eisenbahner, zur Vermeidung von unliebsamen Zwischenfällen, die Demonstration abzusagen. Die USPD hat bereits die Demonstration unserer Partei gegen den weihen Schrecken in Ungarn durch Sonderaktionen zu fördern versucht. Da anzunehmen ist, daß die Kommunisten auch diese Demonstration am Sonntag zu ihren Zwecken auszunutzen versuchen, die das Gesamtinteresse des sozialistischen Proletariats schädigen, ersuchen wir unsere Mitglieder und die mit der USPD sympathisierende arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins, der geplanten Massendemonstration im Lustgarten fernzubleiben.

Unterstützung der Reaktion in Bremen durch die Reichsregierung.

Das Wolffsche Bureau verbreitet die folgende Meldung: Von der Bremer Bürgerchaft waren kürzlich Beschlüsse gefaßt worden, wonach erstens bei der Ordnungspolizei der größte Teil der Führerstellen gestrichen und zweitens die Stadtwache weislos aufgehoben werden sollte. Durch diese Beschlüsse wurden die Sicherheitsverhältnisse in Bremen empfindlich berührt. Der Reichsminister des Innern hat daher auf Grund einer kommissarischen Prüfung der Verhältnisse ein Schreiben an den Senat in Bremen geschickt, in dem er nach Darstellung der dortigen Verhältnisse zu dem Ergebnis kommt, er erachte durch die getroffenen Beschlüsse der Bürgerchaft die öffentliche Ordnung in Bremen für gefährdet und er suche, bei dem überwiegenen finanziellen und allgemeinen Interesse, das das Reich an der Ordnung der Sicherheitsverhältnisse habe, diese Beschlüsse einer Revision zu unterziehen. Er sehe einer Mitteilung der Ergebnisse der Verhandlungen entgegen und werde nach Eingang dieser Mitteilung seine endgültige Entscheidung treffen.

Diese unverhüllte Drohung mit der Reichsregierung stellt einen groben Amtsmissbrauch des Reichsministers Koch dar gegen den der schärfste Protest erhoben werden muß.

Eine linksliberale englische Stimme gegen die bayrischen Einwohnerwehren.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus London: Der Manchester Guardian, dessen Empfänglichkeit für die Agitation linker Elemente in Deutschland bekannt ist, jetzt seine Agitation gegen die Einwohnerwehren in Bayern in einer sehr langen Ausführung fort, in der er diese Wehren eine innere Gefahr für Deutschland und eine gewaltige Provokation für Frankreich nennt. Für den Fall, daß Bayern hartnäckig bleibt, empfiehlt er die Besetzung Münchens.

Zur Eisenbahnerbewegung.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit schreibt: Der Widerstand der Eisenbahner gegen den Einigungsvorschlag wird allmählich reger. Die erste Nachricht kommt aus Oldenburg. Von dem deutschen Eisenbahnerverband, Bezirksleitung Oldenburg, wird bekanntgegeben, daß das gestern durch die Zeitungen bekanntgewordene Ergebnis, wonach zwischen der Regierung und den Eisenbahner eine Einigung erzielt worden sei, in hiesigen Eisenbahnerkreisen mit Entrüstung aufgenommen worden sei. Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird am kommenden Sonntag über die geschaffene Lage Beschlus fassen. Es bestehe nach wie vor die Gefahr eines Streiks. Sie sei nicht beseitigt, sondern erst recht in ganz beträchtliche Nähe gerückt. Die Eisenbahner müßten an den einmal aufgestellten Forderungen als Mindestforderungen festhalten.

Im Verlauf des Freitag hat im Reichsfinanzministerium eine Besprechung über die Erfüllung der Teilzuschläge mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und der Eisenbahner-Großorganisationen stattgefunden, an denen u. a. außer dem Reichsfinanzministerium das Reichsverkehrsministerium und das Reichspostministerium beteiligt waren. Diese Besprechungen führten nach langen Verhandlungen zu einer Verständigung auf der Grundlage der im Reichsverkehrsministerium mit den Eisenbahnerorganisationen getroffenen Vereinbarungen bis auf einen Punkt, zu dem der deutsche Beamtenbund glaubte seine Bedenken nicht zurückstellen zu können. Es sind nunmehr die Grundlagen geschaffen für die Entscheidungen des Reichsfinanzministeriums und des Reichskabinetts, nachdem

zuvor Verhandlungen mit den Länderregierungen stattgefunden haben werden.

Einpruch Englands gegen den neuesten Justizmord Korthys.

Nach einer Wiener Meldung des Manchester Guardian wurde der Vertreter Englands in Budapest, Mr. Thomas Beaumont Fowler, angewiesen, bei der ungarischen Regierung Vorstellungen wegen der Beurteilung der ehemaligen Volkskommisäre Ugoon, Haubrich, Bolangi und Bantus zum Tode zu erheben.

Es ist höchste Zeit, daß sich die englische Regierung ihrer moralischen Verpflichtung erinnert, das Leben der Männer zu retten, die unter ihrer Garantie nach dem Fall der Käteregierung in Ungarn geblieben waren, um das Land zu geordneten Verhältnissen zurückzuführen.

Oesterreichische Regierungskrise bevorstehend.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Morgenzeitungen nehmen übereinstimmend den Rücktritt des österreichischen Ministeriums als bevorstehend an. Die neuerlich vergrößerte Kredithilfe der Entente zwingt die Christlichsozialen Partei zu diesem Schritt. Die Regierung wird wahrscheinlich einem Beaumont-Kabinett Platz machen, an dessen Spitze der jetzige Polizeipräsident Schöber stehen wird. Der Bundeskanzler Mayr wird wahrscheinlich nach seinem Rücktritt österreichischer Gesandter in Berlin werden.

Abrüstung oder Militarismus in den Vereinigten Staaten?

Washington, 7. Januar. Die Stimmen mehren sich in Amerika, die Entwaffnung fordern.

Der frühere Stabschef der amerikanischen Armee und militärischer Vertreter der Vereinigten Staaten im Obersten Kriegsrat, General Blich, fordert, daß Amerika den ersten Schritt tun müsse, um den völkerverwundlichen Wahnsinn übertriebener Rüstungen zu vernichten.

Eine Reihe von Senatoren, die noch vor kurzem 70 Proc. des National Einkommens für Heer- und Flottenausgaben bewilligten, unterstützen jetzt Senator Vorschlag:

„Der Kongreß möge den Präsidenten der Vereinigten Staaten erlauben, sofort und ohne die Hilfe irgendwelcher anderer Regierungen direkte Schritte bei den Regierungen von Groß-Britannien und Japan zu unternehmen, um in der Frage des Flottenbauprogramms zu einer Verständigung zu kommen.“

Der Antrag schlägt weiterhin — wie bekannt — für die drei genannten Länder die Reduzierung ihres Flottenbauprogramms um 50 Prozent während der nächsten 5 Jahre vor.

Die Senatoren weisen auf das gewaltige Defizit hin, das infolge der Rüstungsforderungen entstehen müsse (bis Juni 1921 etwa 2 Milliarden Dollar). Sie werden neuerdings auch von den „Business men“ (Geschäftsleuten) unterstützt, die jetzt ebenso ökonomische Gründe für die historische Politik „des unbewaffneten Amerikas“ geltend machen, wie ökonomische Gründe — nach Präsident Wilson — den Kriegseintritt forderten.

Auf der Gegenseite erklärt der Marineminister Daniels die Abrüstung für ein „Verbrechen“ und den Antrag Vorsch nicht weit von Verrat. Die Militaristen aller Art sind stark, doch immerhin gewinnen die Abrüstungsfreunde, die zum großen Teil keineswegs von pazifistischen, sondern von wirtschaftlichen Gründen bestimmt werden, ständig an Einfluß.

Er ist da!

Der „Plan zur Errichtung einer neuen bayrischen Räterepublik“ nämlich. Wie die Bayerische Nationalzeitung in München von „ununterrichteter Seite“ erfährt, ist dieser Plan „in allen Einzelheiten festgelegt.“ darunter auch „die Befehle der obersten Regierungskreise“. Es werde dadurch die Gefahr, die durch eine Entwaffnung der Einwohnerwehren in Bayern heraufbeschworen werde, deutlich beseitigt.

Es ist doch nett von dem Plan, daß er sich zur Beleuchtung dieser schrecklichen Gefahr so prompt eingestellt hat. Aber wozu hätte denn sonst auch der Böhrer sein Spießheer, wenn nicht einmal bei dringenden Bedürfnissen ein solcher Plan zu (er)finden wäre!

Reichsgericht und Kriegsverbrecher.

Nach einer Korrespondenzmeldung ist die Aburteilung der Kriegsverbrecher und Kriegsverbrechen, wie aus der letzten erschienenen Geschäftsverteilung des Reichsgerichts hervorgeht, dem zweiten Strafsenat übertragen worden. Ein Termin in diesen Sachen ist bisher noch nicht festgesetzt worden. Voraussetzlich werden noch einige Zeit vergehen, bis die erste Sache dieser Art zur Verhandlung kommt. — Wahrscheinlich wird eine Beschleunigung des Tempos in der Bearbeitung dieser Fälle erst dann eintreten, wenn die Entente wieder mit Zwangsmassnahmen droht.

Die Spaltung in Frankreich.

Ueber den Kongreß von Tours und die Spaltung bringt der Mailänder Quotidiano eine Pariser Korrespondenz, die die Situation der politischen Arbeiterbewegung Frankreichs in der Beleuchtung eines französischen Sozialisten zeigt. Der Artikel lautet:

„Bleibt bei uns!“ hat Frossard der Rechten seiner Partei ausgerufen, den Blum, Renaudel, Sembat. „Bleibt bei uns, in der Disziplin der Partei!“

Das war ein Zugeständnis, das Frossard allen Beschlüssen des 3. Internationalen zuwider machte, mit wissenschaftlicher Verleugung aller programmatischen Beschlüsse Moskaus. Aber Frossard ist ein Politiker und wußte, daß, wenn er etwas so Reperisches vorschlug, weder die Rechte seinem Ruf folgen würde, noch er angeklagt werden konnte, die Spaltung gewünscht zu haben und der Zerstörer des Werkes Jaurès zu sein. In Frankreich gilt das Werk Jean Jaurès so gut wie als tabu, und wehe, auch dem „reinsten“ Kommunisten, der Frossard ohne Zweifel ist, der dieses Werk nicht ohne Vorbehalt anerkennt!

Frossard also, als geschickter Taktiker, hat den Thomas und Renaudel das Odium der Parteizerstörer aufgedrungen.

Und schon heute beginnen die Früchte dieser Tätigkeit sich zu zeigen.

„Wir haben die Sembat und Renaudel nicht weggeschickt“, sagen die „reinen“ französischen Kommunisten, „sie haben uns verlassen. Wir haben sie sogar gebeten, zu bleiben. Wir haben ihnen gesagt: Ihr könnt und dürft uns nicht verlassen. Ihr braucht uns und wir brauchen euch.“ In Wirklichkeit war diese Aufforderung für die Galerie gemeint, und niemand glaubte ihr, nicht einmal die Urheber. Alle wissen ja, daß Sembat, der scharfsinnige und listige Sembat, ein Mann der Regierung ist, der dahin zurückkehren wird, ebenso Thomas und Blum, der jüngste der Streiber, aber der, der sein Ziel am ersten erreichen wird. Man läßt sie also nur pro forma ein, während sich beide Flügel der Partei aufzumachen, um sie hinauszulassen. Auf jeden Fall ist es bemerkenswert, daß es den Kommunisten auch inbezug auf diese Leute darauf ankommt, die Schuld der Spaltung von sich abzuwälzen. — Thomas neben Lenin wäre eine schöne Geschichte gewesen!

Anders verhält es sich mit den sogenannten reconstructeurs (Wiederherstellern — der Internationale). In Bezug auf sie war die Aufforderung, zu bleiben, ernst gemeint, im Interesse der Geschlossenheit der Partei. Longuet und Paul Faure hätten in der Partei bleiben können und damit Frossard und Genossen sogar einen großen Gefallen getan. Unter den Bedingungen freilich, daß sie als Minderheit auf jede Vertretung in den leitenden Körperschaften der Partei hätten verzichten müssen. Proportionaler Vertretung in den beratenden Stellen, ja, aber nicht in den ausführenden, noch weniger im Parteivorstand.

Das, was für euch Italiener Parteipraxis ist, ist unverständlich für eure französischen Brüder, die auch nach Straßburg in ihren Reihen Vertreter der Arbeitsgemeinschaften und Ministerialisten hatten, die ihr seit 1912 schon ausgeschlossen habt.

So hat sich auch das Zentrum von der Partei losgelöst, ungeachtet der Bitten Frossards und Cadins und der augenscheinlichen Wünsche der Mehrheit der Delegierten, wenigstens mit ihnen zusammenzubleiben, die Longuet an der Spitze, die ersten gewesen sind, die nach dem Kriegstaukel wieder zur Vernunft kamen, als Cadin noch die Welt bereifte, um für den Krieg Propaganda zu machen.

Die Benennung der Fraktionen unserer Partei ist eine andre als bei euch. Hier ist Frossard Extremist. In Italien würde er aus der Partei gestehen, weil er für ein Zusammengehen mit mehreren Parteien in der Stichwahl ist. In Tours gab es mehrere Sektionen, die für die 3. Internationale gestimmt und ein paar Tage vorher an den Wahlen zusammen mit dem sogenannten Block der Linken (mit Bürgerlichen, Red. d. L. V.) teilgenommen hatten. Eine Erklärung wie die von Frossard in Tours, inbezug auf die nationale Verteidigung, wäre auf einem italienischen Kongreß, ich sage nicht aus dem Munde eines Extremisten, sondern nicht einmal aus dem Munde eines Turati gebildet worden, und ein so bereites Lob des brüderlichen Zusammenarbeitens zwischen Partei und Gewerkschaftsbund in Italien — während in Frankreich sich beide scheel ansehen — hätte die treuen Seelen der Turiner mit Verachtung erfüllt. So tritt die französische Sozialistische Partei — die nicht einmal den Namen ändert — in die 3. Internationale ein. Ich weiß nicht, ob zu diesem Beitritt der Vertreter des Moskauer Exekutivkomitees in den lateinischen Ländern seine allerhöchste Erlaubnis gegeben, dieser Vertreter, der gegen euch Italiener so dem Geimigen spielt, vielleicht, weil ihr ihn näher kennt.

In einem Winkel des Kongresses, verbitet angeht, dieses